dbb beamtenbund und tarifunion

Nr. 26 **14. Februar 2025**

Friedrichstraße 169
D-10117 Berlin

Verantwortlicher Redakteur
Michael Eufinger

Telefon 030.40 81-55 70
Telefax 030.40 81-55 99
presse@dbb.de
www.dbb.de

aktuell

Informationsdienst des dbb

Inhalt

Vorfall in München
Tiefe Bestürzung über Anschlag auf ver.di-Kundgebung

Einkommensrunde Bund und Kommunen
Öffentlicher Dienst: Beschäftigte fordern Angebot

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

dbb gegen Verkauf von Post und Telekom
Kritische Infrastruktur gehört unter staatliche Kontrolle

Sachsen-Anhalt
Nachhaltige Personalpolitik gefordert

Sachsen
Doppelhaushalt 2025/26: Generationenfonds ist keine Sparbüchse

Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL)
Forderung: Keine Zerschlagung der Bahn, sondern klare Strukturen

Verband Bildung und Erziehung (VBE)
Appell zur Bundestagswahl: Verantwortung wahrnehmen, Kompetenzen achten

BDZ Deutsche Zoll- und Finanzgewerkschaft
EU-Zollreform: Treffen mit Spitzenverbänden der Wirtschaft

Namen und Nachrichten

Erscheint wöchentlich
Nachdruck honorarfrei
Quellenangaben erbeten

Vorfall in München
Tiefe Bestürzung über Anschlag auf ver.di-Kundgebung

In München ist ein Mann mit seinem Auto in eine Kundgebung der Gewerkschaft ver.di gefahren. Der dbb drückt den Betroffenen und ihren Angehörigen sein Mitgefühl aus.

Der dbb Bundesvorsitzende Ulrich Silberbach erklärte am 13. Februar 2025 in Berlin: „Wir sind tief bestürzt über die Meldungen aus München. Unsere Gedanken sind bei den Betroffenen und ihren Angehörigen, ihnen gehören unser Mitgefühl und unsere gewerkschaftliche Solidarität."

Einkommensrunde Bund und Kommunen
Öffentlicher Dienst: Beschäftigte fordern Angebot

In der Einkommensrunde für den öffentlichen Dienst von Bund und Kommunen protestierten in der vergangenen Woche bundesweit die Beschäftigten für ihre Forderungen.

„Alle klagen darüber, dass das Vertrauen in die Handlungsfähigkeit des Staates und die Glaubwürdigkeit der Politik insgesamt abnehmen, aber niemand zieht die notwendigen Konsequenzen", sagte dbb-Verhandlungsführer Volker Geyer am 13. Februar 2025 in **Ansbach** vor über 1.000 Demonstrierenden. „Die Konsequenz müssten Investitionen sein: Investitionen in Personal, damit der Staat seine Aufgaben wieder zuverlässig erledigen kann. Und gutes Personal bekommt man nur, wenn man gut bezahlt. Das gilt insbesondere in Zeiten des Fachkräftemangels!"

Am gleichen Tag warnten auch in **Krefeld** etwa 500 Beschäftigte vor dem wachsenden Personalmangel. Andreas Hemsing, stellvertretender Bundesvorsitzender des dbb und Bundesvorsitzender der komba gewerkschaft, sagte: „Alleine in den Kommunen scheiden in den nächsten zehn Jahren über 520.000 Beschäftigte altersbedingt aus. Das sind über 30 Prozent des Personals. Wenn wir hier nicht gegensteuern, sind die Städte und Gemeinden bald nicht mehr handlungsfähig."

„Das können wir uns nicht leisten, denn schon jetzt verlieren die Menschen den Glauben an die Handlungsfähigkeit des Staates", so Hemsing weiter. „Wir brauchen dringend bessere Arbeitsbedingungen, um neue Fachkräfte zu gewinnen und das vorhandene Personal zu halten. Das bedeutet nicht nur höhere Einkommen – wir fordern ein Volumen von 8 Prozent, mindestens 350 Euro mehr –, sondern auch mehr Entlastung durch mehr freie Tage und mehr Flexibilität bei der Arbeitszeit."

Am Vortag hatten sich Beschäftigte im öffentlichen Gesundheitsbereich bei einem bundesweiten Krankenhaus-Aktionstag in Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Bayern zu Protestaktionen versammelt, um für höhere Einkommen zu demonstrieren.

In **Lüneburg** demonstrierten über 200 Beschäftigte aus dem Gesundheitsbereich und den kommunalen Straßenmeistereien vor dem Psychiatrischen Krankenhaus. Auch hier sprach Andreas Hemsing zu den Beschäftigten und warnte vor den langfristigen Folgen der Blockadehaltung von Bundesinnenministerin Nancy Faeser und der Präsidentin der kommunalen Arbeitgeber Karin Welge: „Diese Haltung spiegelt fehlende Wertschätzung wider und ist besorgniserregend. Uns fehlen bereits heute über 570.000 Menschen im öffentlichen Dienst, und die Stellen sind immer schwerer zu besetzen." Attraktivere Arbeitsbedingungen seien deshalb unerlässlich. „Gerade in stark belasteten Bereichen wie dem Gesundheitssektor sollten neben der Erhöhung der Zulagen für Wechselschicht- und Schichtarbeit auch mindestens drei zusätzliche freie Tage als Ausgleich gewährt werden. Flexible Arbeitszeitkonten würden den Beschäftigten mehr Arbeitszeitsouveränität ermöglichen."

Auch in **Düren**, **Leverkusen**, **Mönchengladbach**, **Niederberg/Velbert**, **Bayreuth**, **Erlangen**, **Günzburg** und **Regensburg** demonstrierten Beschäftigte von Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen für höhere Einkommen und bessere Arbeitsbedingungen.

Alle Information sowie Einzelberichte zu den Protestaktionen inklusive Fotos gibt es unter www.dbb.de/einkommensrunde.

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

dbb gegen Verkauf von Post und Telekom
Kritische Infrastruktur gehört unter staatliche Kontrolle

dbb und DPVKOM weisen Vorschläge zum Verkauf der Bundesanteile an Post und Telekom zurück. Kritische Infrastruktur gehört unter staatliche Kontrolle.

Der Vorschlag des Chefs der Monopolkommission der Bundesregierung Tomaso Duso, auch die seit der Privatisierung beim Bund verbliebenen Anteile an Deutscher Telekom und Post zu verkaufen, stoßen beim dbb und der Kommunikationsgewerkschaft DPVKOM auf Widerstand. „Die kritische staatliche Infrastruktur muss unter staatlicher Kontrolle bleiben“, kritisierte dbb-Vize Volker Geyer den Vorschlag, über den die Süddeutsche Zeitung berichtet (Ausgabe vom 12. Februar 2025). „Die Eigentumsverhältnisse bei Post und Telekom nur unter Aspekten der Wettbewerbsförderung zu sehen, ist falsch. Staatliche Kontrolle und Gemeinwohlorientierung sind mindestens ebenso wichtig, gerade bei der kritischen Infrastruktur.“ Christina Dahlhaus, Bundesvorsitzende der DPVKOM, schloss sich dieser Kritik an: „Es ist bald 30 Jahre her, dass die Telekom an die Börse gegangen ist. Bei der Post sind es 25 Jahre. Seither gelten in beiden Konzernen nur noch die Regeln des Wettbewerbs und der Gewinnmaximierung. Ich kann nicht sehen, dass das für die Kunden oder die Beschäftigten gut war, für die Aktionäre vielleicht. Staatliches Handeln sollte sich aber an den Interessen der Allgemeinheit orientieren, nicht an denen des Aktienmarkts.“

Sachsen-Anhalt
Nachhaltige Personalpolitik gefordert

Die Personalpolitik des Landes Sachsen-Anhalt gefährdet die Daseinsvorsorge und die Demokratie. Der zweijährige Einstellungsstopp und die Unterfinanzierung der Kommunen führen zu überlasteten Ämtern und Investitionsstaus. „Diese Sparmaßnahmen wurden ohne systematische Analyse durchgeführt und bedeuten eine erhebliche Belastung für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst“, kritisiert dbb Landeschef Ulrich Stock am 10. Februar 2025.

Stock weiter: „Die aktuelle Personalpolitik des Landes Sachsen-Anhalt gefährdet nicht nur die Funktionsfähigkeit unserer Verwaltung, sondern auch die Daseinsvorsorge und die Demokratie. Es ist dringend notwendig, nachhaltige Lösungen zu finden, die sowohl den finanziellen Gegebenheiten als auch den Bedürfnissen der Beschäftigten gerecht werden.“

Um die Daseinsvorsorge und die Demokratie zu sichern, fordert der dbb sachsen-anhalt die Landesregierung auf, den zweijährigen Einstellungsstopp aufzuheben. „Neueinstellungen sind notwendig, um die Arbeitsbelastung der Beschäftigten zu reduzieren und eine angemessene Versorgung der Bürgerinnen und Bürger sicherzustellen“, machte Stock deutlich. Ferner müsse in die Digitalisierung investiert werden. Eine verbesserte digitale Infrastruktur könne die Effizienz und Flexibilität im öffentlichen Dienst erhöhen und zu einer Entlastung der Ämter führen. Auch seien die Kommunen angemessen finanziell aufzustellen, damit diese ihre Aufgaben erfüllen und Investitionsstaus abbauen können.

Attraktive Arbeitsbedingungen sind entscheidend, um qualifizierte Fachkräfte zu gewinnen und zu halten. „Es muss endlich anerkannt werden, dass der öffentliche Dienst keine Sparbüchse ist, sondern eine Säule unserer Gesellschaft. Qualifizierte Fachkräfte lassen

sich nur durch faire Löhne, gute Arbeitsbedingungen und langfristige Perspektiven gewinnen und halten“, unterstrich Stock.

Sachsen
Doppelhaushalt 2025/26: Generationenfonds ist keine Sparbüchse

Das sächsische Kabinett sucht nach Wegen zur Aufstellung des Doppelhaushaltes 2025/26. Und obwohl der politische Gestaltungsspielraum offensichtlich klein ist, gibt es bereits Versprechen zu neuen Projekten oder Zusagen zu „Schonbereichen“.

„Es verwundert daher nicht, dass emsig nach gefüllten Sparschweinen gesucht wird, oder eben nach Schlüsseln für eigentlich fest verschlossene“, so Nannette Seidler, Landesvorsitzende des SBB Beamtenbund und Tarifunion Sachsen am 10. Februar 2025. „Nach wie vor wecken die zweckgebunden angesparten Mittel des Generationenfonds offensichtlich Begehrlichkeiten. Aus unserer Sicht ist das erstens unredlich und zweitens deutlich zu kurz gesprungen.“

Der SBB hat sich deshalb vor der Haushaltsklausur an den sächsischen Finanzminister Christian Piwarz gewandt und dringend an diesen appelliert, den Generationenfonds in Gänze, also seine Zuführungen und angesparten Mittel, aus den Überlegungen zur Finanzierung des aktuellen Doppelhaushaltes auszusparen. Der vom Gesetzgeber bewusst geschaffene Schutz dieses Fonds durch die Verfassung, müsse hierbei Grundlage aller Entscheidungen sein. „Die in einer vorbildlichen und vorausschauenden Haushaltsführung zweckgebunden bereits angesparten und weiter anzusparenden Mittel des GenFonds dürfen keine Verhandlungsmasse der laufenden Haushaltsführung sein“, heißt es in dem Schreiben.

Der SBB stehe ausdrücklich für eine Zukunft, die allen Generationen gerecht wird. Seidler: „Natürlich haben auch wir als SBB Erwartungen zur zukünftigen finanziellen Ausstattung wichtiger Bereiche und Themengebiete. Dies betrifft in ganz besonderem Maß die notwendige, aufgabenorientierte und zukunftsfeste Personalausstattung im öffentlichen Dienst unseres Freistaates.“ Wenn die Sächsische Staatsregierung einen funktionierenden Freistaat wolle, müsse dies jedoch selbstverständlich sein.

Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL)
Forderung: Keine Zerschlagung der Bahn, sondern klare Strukturen

Die aktuelle Diskussion um eine vermeintliche „Zerschlagung“ der Deutschen Bahn nimmt in der politischen und medialen Debatte erneut Fahrt auf. Die GDL stellt klar: Niemand will die Bahn im Sinne von Zerstörung zerschlagen. Wer das Thema wirklich verstehe, erkenne, dass die Schieneninfrastruktur und deren zwingende Sanierung eine Aufgabe des deutschen Staates und damit des Bundes sein muss.

Die Bundesregierung plane umfangreiche Finanzierungen für die Schieneninfrastruktur, doch solange Milliardenbeträge in eine Aktiengesellschaft fließen, die aus aktienrechtlichen Zwängen heraus Konzernstrukturen erhalten will und finanzieren muss, würden Fördergelder nur zum Teil zweckgebunden für die Infrastruktur verwendet. Die GDL fordert daher eine klare rechtliche Trennung zwischen der gesamten Schieneninfrastruktur und aktienrechtlich geführten Unternehmen wie der DB AG.

Die aktuelle Struktur der Deutschen Bahn, welche dem Aktienrecht untersteht und daraus folgend eine unüberwindbare Blackbox für alle unterschiedlichen Finanzierungswege kreiert, um eine konzerninterne Gewinnerwartung umzusetzen, führe dazu, dass dringend benötigte Investitionen in das Schienennetz nicht in vollem Umfang dort ankommen, wo sie gebraucht werden. Gewinne aus der Infrastruktur fließen in das Konzerngefüge der DB AG, statt vollständig in die Instandhaltung und den Ausbau des Schienennetzes zu gehen, kritisiert die Fachgewerkschaft am 13. Februar 2025.

Eine rechtlich saubere Trennung zwischen Infrastruktur und DB AG stelle hingegen sicher, dass Steuergelder ausschließlich für die Verbesserung und Sanierung der Schienenwege genutzt werden. Dies sei keine „Zerschlagung" der Bahn, sondern eine Maßnahme zur Sicherstellung der Effizienz und Gemeinwohlorientierung der Infrastruktur. Ein Auseinanderdividieren der drei Transportsparten (Schienengüterverkehr, Schienenpersonenfernverkehr, Schienenpersonennahverkehr) ist nicht im Sinne der GDL. Eine solche Aufspaltung zeigt keine durchdachte Verkehrsstrategie, sondern wirkt vielmehr wie purer Aktionismus, der die dringend notwendigen Reformen und Investitionen nicht voranbringt, sondern behindert.

Verband Bildung und Erziehung (VBE)
Appell zur Bundestagswahl: Verantwortung wahrnehmen, Kompetenzen achten

Der VBE Bundesvorstand kritisiert leere Wahlkampfversprechen und fordert, föderale Zuständigkeiten im Bildungsbereich zu achten.

Am 23. Februar 2025 findet die nächste Bundestagswahl statt. Der Bundesvorstand des Verbandes Bildung und Erziehung (VBE) hat sich zu den Forderungen aus den Wahlprogrammen der Parteien beraten. Der Bundesvorsitzende des VBE, Gerhard Brand, stellte dazu am 10. Februar 2025 fest: „Wenn Parteien so tun, als könnten sie Schulstrukturen und gemeinsame Standards von der Bundesebene aus anordnen, offenbart das ein merkwürdiges Demokratieverständnis, denn Deutschland ist föderal organisiert. Mit den Forderungen werden klar Kompetenzen überschritten, anstatt zuständige Gremien, wie die Bildungsministerkonferenz, zu stärken. Der Bund entscheidet über zusätzliche Investitionen und kann Strukturen zur Koordinierung bereitstellen. Basta-Politik und leere Versprechen sind jedoch fehl am Platz."

Im Grundgesetz verankert ist die Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse (Art. 72 (2)). Brand kommentiert: „Aufgrund der steigenden Dichte und Vielfalt der Herausforderungen, denen sich die Länder gegenübersehen, ist es notwendig, zusätzliche finanzielle Mittel zu erhalten, um den Zugang zu aktuellen Lernmethoden und -umgebungen sowie zu Fördermöglichkeiten gleichwertig anbieten zu können. Der Bund muss es daher als Daueraufgabe verstehen, bundesweit relevante Bildungsprojekte langfristig und nachhaltig mitzufinanzieren. Die Länder alleine können das nicht gewährleisten." Im Gegenzug müssen die Länder bereit sein, gemeinsam mit dem Bundesbildungsministerium Kriterien der Vergabe zu erarbeiten und Berichtspflichten einzulösen.

Besondere Aufmerksamkeit erhalten von den Parteien jene Kinder, die bei Eintritt in die Schule keine ausreichenden Sprachkenntnisse besitzen. Brand fasst zusammen: „Bei einigen Parteiprogrammen bekommt man den Eindruck, dass Kinder mit zu geringen deutschen Sprachkenntnissen aus der Schule ferngehalten werden sollen. Deren Ziel ist nicht Integration, sondern Exklusion." Der VBE setzt sich, auch mit Blick auf den DKLK-Meinungstrend (März 2024), dafür ein, dass der Elementarbereich so ausgestattet wird, dass die Bildungsbasis erfolgreich gelegt werden kann. Brand betont: „Ohne Konsequenzen brauchen wir auch keine Tests! Sprachstandstests finden nicht um ihretwillen statt. Sie dürfen nicht den Ausschluss, sondern müssen im Sinne der Chancengerechtigkeit die Integration von Kindern, deren bestmögliche Entwicklungsunterstützung und damit ihr Fortkommen im Bildungssystem im Fokus haben."

Parteien, die ein verpflichtendes Kita-Jahr fordern, verweist der VBE auf ein Gutachten des Bundestages. In diesem wird gezeigt, dass eine Kindergartenpflicht dem elterlichen Erziehungsrecht entgegenstünde. „Der einzig gangbare Weg wäre das Vorziehen der Schulpflicht. Dies jedoch liegt in der Gesetzgebungskompetenz der Länder", erläutert Brand und ergänzt: „Wer wirklich helfen möchte, setzt sich für eine angemessene Ausstattung der frühkindlichen Bildungseinrichtungen mit Ressourcen und Personal ein."

Einige Parteien sehen in der Umstellung auf das duale Lehramtsstudium im Sinne der Einphasigkeit eine Möglichkeit, den Lehrkräftemangel zu beheben. Der VBE kritisiert dies scharf und wendet sich gegen die Absenkung von Umfang und Qualität der Ausbildung von Lehrkräften. Zudem wird auch hier betont, dass die Ausgestaltung des Lehramtsstudiums Sache der Länder ist.

Die Forderung vieler Parteien, die Ausbildung zur Erzieherin bzw. zum Erzieher schulgeldfrei umzusetzen, unterstützt der VBE. Brand kommentiert: „Es ist unverständlich, warum Auszubildende bei der aktuellen Personallage noch immer dafür zahlen müssen, später in einem Mangelberuf zu arbeiten."

„Schule trägt ihren Teil der Verantwortung für die Demokratiebildung von Kindern und Jugendlichen. Es darf aber nicht vergessen werden, dass es mehr braucht. Neben den Eltern sind das auch Verbände und weitere Organisationen. Wenn deren Förderung aber ständig auf der Kippe steht, hinterlässt das nachhaltig Eindruck bei den Jugendlichen", warnt Gerhard Brand mit Blick auf den Bundeshaushalt und den allzu leichtfertig angesetzten Rotstift bei Demokratieprojekten. „Man bekommt den Eindruck, dass die Demokratie vor allem nach Wahlen wichtig ist. Sie ist es aber immer – und daher muss die Zivilgesellschaft auch entsprechend gefördert werden."

BDZ Deutsche Zoll- und Finanzgewerkschaft
EU-Zollreform: Treffen mit Spitzenverbänden der Wirtschaft

Im Januar 2025 konnten der BDZ-Bundesvorsitzende Thomas Liebel wichtigen Wirtschaftsverbänden das neue Positionspapier der Gewerkschaft zur Reform der Zollunion durch die EU-Kommission vorstellen.

Dazu gehörten Gespräche mit den Spitzenverbänden aus dem Außenwirtschaftsbereich DSLV, BGA und DIHK in Berlin. „Denn in Zeiten von Sparhaushalten und demografischen Herausforderungen ist es umso mehr in beiderseitigem Interesse, dass der Zoll weiterhin starker Partner der Wirtschaft bleibt und auch in der Fläche weiterhin präsent ist", hieß es am10. Februar 2025 vom BDZ. Dafür müssten die Rahmenbedingungen passen, so dass der politisch oft geforderte Bürokratieabbau in der Praxis sowohl für die Zollverwaltung als auch für die Wirtschaftsbeteiligten spürbar ist. Es bestünden jedoch erhebliche Zweifel, ob die aktuellen Vorschläge aus Brüssel nicht viel mehr das Gegenteil bewirkten.

In allen Gesprächen wurde die Rolle Deutschlands im Reformprozess kritisch beleuchtet. Die sehr zurückhaltende Position des Bundesfinanzministeriums im Rat der EU ist anderen Mitgliedstaaten und Verbänden aufgefallen. Jedoch kann sich Deutschland als Wirtschaftsmotor Europas eine solche Zurückhaltung eigentlich nicht leisten. Klar ist, dass eine aktivere Beteiligung der Bundesregierung und eine stärkere Berücksichtigung der Perspektiven der Unternehmen und der Beschäftigten beim Zoll erfolgen muss, so der BDZ. Nur dann könne die Reform gelingen.

Detaillierte Hintergründe gibt es auf www.bdz.eu.

Namen und Nachrichten

Am 10. Februar 2025 kam es auf Einladung des Vorsitzenden des Ausschusses für Recht und Digitalisierung des Brandenburger Landtags Danny Eichelbaum (CDU) zu einem Gespräch mit dem Landesvorsitzende des **dbb brandenburg** und tarifunion Ralf Roggenbuck.

Gegenstand des Gespräches war unter anderem der Zustand der Justiz des Landes Brandenburg und die Einführung der elektronischen Akte bei den Staatsanwaltschaften des Landes Brandenburg.

Termine:

17. - 18. Februar 2025
Einkommensrunde Bund & Kommunen: 2. Verhandlungsrunde
Weitere Informationen unter www.dbb.de

14. - 16. März 2025
Einkommensrunde Bund & Kommunen: 3. Verhandlungsrunde
Weitere Informationen unter www.dbb.de